

Bundesregierung ohne Speicherziele

Christian
Schaudwet

Desinteresse zwar nicht, aber wenig Kenntnis von und keine klare Strategie für Energiespeicher hat die Bundesregierung. Das geht aus ihrer Antwort auf eine Anfrage der FDP-Fraktion hervor. Das Wirtschaftsministerium vertraut bei der Speicherinfrastruktur auf die Kräfte des Marktes.

@ [Twitter](#) [Xing](#) [LinkedIn](#) [Facebook](#)

Auch die die Rahmenbedingungen für **Energiespeicher** soll die Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes verbessern, über die am heutigen Donnerstag der Bundestag abstimmt. Noch fristen Speicher zur **Flexibilisierung des Stromnetzes** in der Energiepolitik des Bundes ein **Schattendasein**. Vorrang hatte bisher der Bau neuer Stromleitungen. Eine **klare Strategie** für einen Ausbau der Speicherinfrastruktur ist nicht erkennbar – zumindest nicht in der [Antwort](#) der Bundesregierung auf eine aktuelle Kleine Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion.

Anders als bei erneuerbaren Energien oder bei der Erzeugung und dem Import **grünen Wasserstoffs** hat sich die Bundesregierung für Speicherkapazitäten, die das Stromnetz flexibler und Erneuerbaren-kompatibler machen würden, **kein Ausbauziel** gesetzt. Wieviel zugebaut wird, soll in erster Linie **der Markt regeln**. Das entspreche dem aktuellen Strommarktdesign, schreibt das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi). „Insofern sieht das aktuelle System keinen Zielwert für Speicherkapazitäten vor.“

Allgemeingültige Aussagen zu einer notwendigen Mindestmenge von Speichern seien auch gar nicht möglich, denn die Bedeutung von Speichern hänge von den **anderen Flexibilitätsoptionen** ab, argumentiert das BMWi und zählt auf: beispielsweise neue Stromleitungen, Gaskraftwerke, Biomasseanlagen und abschaltbare Lasten (temporäre Verbrauchssenkung gegen Zahlung von Vergütung). Auch **Regelleistung** zur Netzstabilisierung sei nicht zwingend auf Speicher angewiesen. Skeptisch ist das BMWi überdies bei den geplanten **Netzboostern** zur stärkeren Auslastung von Übertragungsnetzen: „Ob bei der Technologie dauerhaft eine positive Kosten-Nutzen-Relation zu erwarten ist, ist noch zu ermitteln.“

Keine Kenntnis von Zubauplänen

Das BMWi rechnet bei industriellen Stromspeichern und Speichern für Regelenergie im Netz nicht mit allzu viel Wachstum. Bisher seien **weniger als 100 Speicher** mit einer Leistung von mindestens einem Megawatt registriert, und solche Anlagen „dürften weiterhin in geringer Zahl zugebaut werden.“ Von Planungen zum Zubau hat das Ministerium nach eigenen Angaben keine Kenntnis. Es erfasst auch nicht systematisch die Kapazitäten der unterschiedlichen Arten von **chemischer Energiespeicherung**, die von Batterien über speicherbare energietragende Produkte der Chemieindustrie bis hin zu Brennstofflagern der Energieindustrie reichen.

Der Marktansatz der Bundesregierung müsste der **FDP** eigentlich gefallen. Doch sie attestiert ihr **deutliche Lücken** beim Thema Speicher, das sie in ihrer Anfrage als „Schlüsselement für eine erfolgreiche Energiewende“ bezeichnet.

Die Regierung könne „trotz des steigenden Anteils an volatilen Energieträgern keinen genauen Zielwert für entsprechende Speicherkapazitäten nennen und tappt an der Stelle allem Anschein nach im Dunkeln“, sagt **Martin Neumann**, der energiepolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion. Die schwarz-rote Koalition könne sich offenbar viel vorstellen – zeitliche Verschiebung der Nachfrage, Glättung von Verbrauchsspitzen oder einen Ausbau von Gasspeichern, nur: „Eine unterbrechungsfreie Stromversorgung garantiert ein solches Zukunftsszenario nicht“, so Neumann. Er sieht die Gefahr **mangelnder Versorgungssicherheit** und damit einer Minderung von Deutschlands internationaler Wettbewerbsfähigkeit.

Wettbewerb zwischen Lieferanten von Netzflexibilität

Im Kleinen immerhin tut sich etwas. Bei **kleinen Stromspeichern**, die häufig in Kombination mit privaten Solaranlagen installiert werden, rechnet das BMWi weiterhin mit einem Zubau von rund 100.000 Anlagen pro Jahr, sofern die bisherigen Förderinstrumente bestehen bleiben und es weiterhin günstige Kredite gebe.

Überhaupt: Grundsätzliches Desinteresse könnte Neumann der Bundesregierung wohl nicht vorwerfen. So sieht sie beispielsweise für **thermische Energiespeicher** auf Wasserbasis im Gebäudesektor und in Wärmenetzen „ein hohes Ausbaupotenzial“. Wärmespeicher seien eine „wichtige Flexibilitätsoption, die in Zukunft verstärkt zum Einsatz kommen wird“. Den unterschiedlichen Formen chemischer Speicherung misst sie **steigende Bedeutung** bei. Und die Batterien der wachsenden Flotte von **Elektroautos** könnten in Zukunft Speicherkapazität für das Netz liefern und zugleich den „Wettbewerb zwischen den Flexibilitätsoptionen anreizen“.

Die Antwort des BMWi zeigt nebenbei, auf welcher Grundlage von **Bestandszahlen** die Bundesregierung zu ihren Beurteilungen kommt:

- **Pumpspeicherkraftwerke** mit insgesamt rund 40 Gigawattstunden Kapazität angeschlossen, sieben weitere Pumpspeicher im Bau oder in Planung
- 13 **Batteriegroßspeicher** mit schätzungsweise 450 MWh Kapazität in Betrieb
- 285.000 **Heimspeicher** mit einer Gesamtkapazität von 2,3 Gigawattstunden in Betrieb
- **Thermische Speicher** auf Wasserbasis mit einem Gesamtvolumen von 400.000 Kubikmetern Wasser und einer Kapazität von zwei Gigawattstunden in Betrieb
- 27 **Erdgasspeicher** mit einem Fassungsvermögen von 23,9 Milliarden Kubikmetern in Betrieb